

## Die EU – gestern nötig, heute schrötig, morgen unnötig

*Beat Kappeler, Kommentator NZZ am Sonntag*

Der Titel tönt es an: Die vertraglich-verfassungsmässige Gestaltung des europäischen Kontinents evoluiert, sie nahm die Formen der EWG/Montanunion/Euratom an, dann jene der EG, dann der EU. Letztere fügte sich den Euroraum an.

Die öffentliche und politische Diskussion in der Schweiz wie in der EU nimmt diese enorme Entwicklungsspanne kaum zur Kenntnis, Befürworter und Gegner waren und sind einfach für oder gegen „Europa“.

Ausserdem nehmen viele, insbesondere die Befürworter, ohne weiteres an, diese Entwicklung verlaufe vom weniger Guten zum Guten, sie durchlaufe eine lineare Höherentwicklung. Fast eine heilsgeschichtliche Erwartung! Die gleichzeitige „Erweiterung und Vertiefung“ des Integrationsraums sollte das bessere Morgen bringen.

Das ist nicht der Fall. Ich werde zuerst diese Stufen der Entwicklung skizzieren, dann zeigen, dass diese Stufen nicht nur aufwärts führten, im Gegenteil.

### A. Die Stufen der Entwicklung

#### Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1958

Nach dem Krieg waren Modelle kollektiver Sicherheit gefragt, wie die UNO, die NATO. Ausserdem sollte der Westen im neu ausgebrochenen Systemwettbewerb mit der enorm ausgedehnten Sowjetmacht geschlossen auftreten. In Europa war dazu auch Deutschland geographisch und vom Potential her nötig. Ausserdem sollte der internationale Handel seine Vorteile endlich beweisen, weltweit im GATT, kontinental in der EWG. Sie befreite den Binnenhandel, aber mit gemeinsamer Zollkompetenz, war also eine Zollunion. Sie verfügte deshalb über gemeinsame Organe für die Aussenwirtschaftspolitik, aber auch für die Sektorpolitiken in Landwirtschaft, Verkehr etc. und in der Montanunion für Ressourcen, in Euratom für Energie.

Die Schweiz gründete die EFTA als blosse Freihandelszone intern, ohne gemeinsame Aussenzölle oder Organe (CH, Skandinavien, P, Is, A, FL, GB).

#### Die Europäische Gemeinschaft EG 1967/87

Verschiedene Vertragsänderungen erweiterten die Kompetenzen, immer mehr davon auch unter blossen Mehrheitsentscheiden, und vor allem steuerte die „Einheitliche Europäische Akte“ mit dem Binnenmarktprogramm für 1992 die Integration stark voran. Auch erweiterte sich die Gemeinschaft beträchtlich, zu Lasten der EFTA, und im Osten.

#### Die Europäische Union 1993

Der Vertrag von Maastricht führte diese Trends weiter, schuf die Währungsunion, die Unionsbürgerschaft, die Rechtspersönlichkeit der EU, den Präsidenten der EU, die weitgehende Gleichberechtigung in der Gesetzgebung von Ministerrat und Parlament. Fast alle nationalen Kompetenzen sind nun auch auf EU-Ebene anhängig.

Der Vertrag von Lissabon verstärkte dies alles nochmals 2009 und führte das Austrittsrecht ein.

## **B. Die Fehlritte**

Diese stufenweise Ausdehnung führte nun zu fachlichen, rechtlichen und monetären Fehlentwicklungen, welche die Union durchaus gefährden können.

### Die Harmonisierung anstelle des Cassis-de-Dijon-Prinzips

Hatte man den Binnenmarkt 1992 angepeilt, indem die meisten nationalen Regelungen im Güter- und Dienstebereich als europagültig erklärt wurden („Cassis-de-Dijon“-Prinzip gemäss einem wegweisenden Urteil des EuGH), so kam mit den zunehmenden Kompetenzbereichen und Parlamentskompetenzen dennoch die tatsächliche Harmonisierung durch immer neue Detailvorschriften auf allen Gebieten auf. Das führt heute zu unerhörten Regeln, welche das Subsidiaritätsprinzip missachten, und welche die Bürger oft empören (Toaster mit nur einem Schlitz...).

### Das anti-liberale Opfer-Denken und seine Verrechtlichung

Liberaler halten die Bürger für vernünftig und möglichst selbstverantwortlich, doch sozialistisch, kollektivistisch geneigte Politiker (auch ohne diese Parteifarbe) brauchen das „anwaltschaftliche Reden“, wonach die Bürger nur Opfer von Anbietern, Vermietern, Arbeitgebern, Banken, Vermögensverwaltern sind und sich nicht wehren können. Daher wurden Schutzregeln ausgebaut, die Beweislasten oft umgekehrt, Verträge nachträglich annullierbar gemacht. Rekurskaskaden verrechtlichen das Leben, Kleinfirmer werden aus dem Markt gedrängt oder unrentabel. Ein neuestes Beispiel – aus Datenschutzgründe sollen Auskünfte über Solvabilität etc. stark abgebremst werden, wodurch ausgerechnet KMU gegenüber Grossfirmen mit deren Bekanntheit leiden.

### Der vulgäre Keynesianismus ist am Ende

Die seltsame Idee, dass Staatsdefizite und –schulden die Nachfrage immer weiter antreiben können, führte zur Ueberschuldung der meisten Staaten des Kontinents (F seit 1975 kein ausgeglichenes Budget, Italien seit 1960). Vergessen ging, dass nicht die Nachfrage, sondern das Angebot durch die Firmen möglichst ungehemmt wirken soll und Wachstum schafft. Die EU als Ganzes betreibt immer noch dieses Ankurbelungsdanken (gerade Ende 2014 mit den geplanten, international belächelten 300 Milliarden Infrastrukturausgaben...), obwohl mit der Ueberschuldung „the keynesian endpoint has been reached“ (Toni Crescenzi).

### Der Euro ist eine Fehlkonstruktion

Die Ungeduld der Politiker liess die Währungsunion unter völlig unterschiedlichen Volkswirtschaften und ihren Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsregeln starten. Der Euro ist eine Währung ohne Staat, und die Mitglieder sind Staaten ohne Währung. Zwei Bedingungen einer (nobelpreisgekrönten) Lehre zu „optimalen Währungsräumen“ fehlten, nämlich ein zentraler Budgetausgleich und die hohe Mobilität der Arbeitskräfte. Die naive Hoffnung, nun würden alle wirtschaftlichen Parameter konvergieren, erfüllte sich nur bei den Zinsen. Da diese auf deutsches Niveau fielen, konnten sich alle Staaten und Privaten drei Mal höher verschulden als vorher – zu gleichen Kosten. Diese Schuldenkrise brach mit Griechenland anfangs 2010 aus, doch heute noch wachsen die Staatsschulden in % des nominalen Inlandprodukts schneller als dieses selbst in P, E, F, I, Gri, B, NL. Die Schuldenfalle ist weit offen.

Nun können die Mitgliedsländer nicht mehr abwerten wie früher, ihre fehlende Konkurrenzfähigkeit muss durch eine interne Abwertung von Löhnen, Preisen, Renten, Staatsausgaben erzwungen werden.

Dies schafft europaweiten Unfrieden zwischen dem Norden und dem lateinisch/griechischen Europa, und es kann durch Protestparteien (Syriza, Podemos, Front national, Wilders, True Finns, AfD) dereinst zu Verwerfungen, oder Schuldenverweigerung, allenfalls Austritten aus dem Euro führen.

Deutschland ist bisher vor der Reformunwilligkeit des Südens und Frankreichs regelmässig eingeknickt und zahlt. Der beabsichtigte Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB wehrt nicht eine Deflation ab, sondern monetisiert die Fiskalpolitik der Schuldenstaaten. Dereinst werden diese Papiere auf –zig Jahre zu Nullzinsen erstreckt. Eine gigantische Kapital-Fehlallokation zu Lasten der Produktivität, des Wachstums und der Sparer ist im Gange – für Jahrzehnte.

Die Rettungspakete, die Währungspolitik zeugen von sachlichem Unverstand in höchstem Masse, sie sind eine Operation am offenen Herzen von 450 Millionen Bürgern.

### Rechtsbrüche

Sämtliche Garantien im Maastrichter Vertrag, die EZB-Standards bezüglich Geldschöpfung und Belehnung sowie das Beihilfe-Verbot an Mitglieder der Währungsunion aus Art. 125 des Lissabonner Vertrags sind gebrochen worden, sowie – versuchsweise – die Garantie der Bankdepotiten unter 100'000 Euro bei der Zypernkrise.

Die „Union durch das Recht“ hat sich selbst verraten.

Résumé: alle diese Trends laufen auf ein „tout politique“ hinaus, Politik darf alles. Die Vermachtung, Zentralisierung der Gesellschaft ist die Folge. Die Stimme der Bürger beim Vertragsausbau war und ist durch Kaskaden von Delegation gesiebt – Parlamentswahlen/Regierungskoalitionen/Rat der Staatschefs/Kommission: eine Perversion von „Demokratie“.

Delegitimierung und fehlende Notwendigkeit

Es gibt genügend Umfragen in vielen Mitgliedstaaten, welche eine weitgehende Delegitimierung der Union aus diesen allen Fehlritten, sowie einen wachsenden Zynismus der Bürger zeigen.

Die Politikkreise in Brüssel (Europäischer Rat, Ministerrat, Parlament, EuGH) lassen keine Bereitschaft erkennen, irgend ein Rad zurück zu drehen. Die Präambel seit 1958 eines linear laufenden, „immer engeren Zusammenschlusses“ gilt absolut.

Hinzu kommt, dass zwei behauptete „Notwendigkeiten“ einer derart engen kontinentalen Union entfallen. Einmal ist der Friede seit 1945 nicht durch die EWG/EG/EU hergestellt und gesichert worden, sondern weil Deutschland endlich auch demokratisch ist. Alle vier grossen Kriege nach 1815 wurden von den autokratischen polit-militärischen Eliten Preussens, des zweiten und dritten Reiches ausgelöst. Auch die NATO hat ihren Anteil am Nachkriegsfrieden.

Sodann wurden der Handel, die öffentlichen Ausschreibungen weltweit durch das GATT und die WTO befreit, und neue Runden für Dienste-Abkommen stehen vor der Tür. Technische Weltorganisationen wie die UIT, WIPO, Weltpostverein, OIT, CEN und CENELEC harmonisieren, was mindestens harmonisiert sein muss.

Die Beziehungen der Europäer unter einander, der EU mit der Welt, auch der Schweiz mit diesen Ländern oder der EU und der Welt, sind damit auf gleicher Augenhöhe, diskriminierungsfrei und von Schiedsgerichten regelbar.

Es könnte sein, dass unter dem Schirm der weltweiten Organisationen die ehernen Nationalstaaten ihrerseits unnötiger werden (Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Trennung Tschechien/Slowakei, Irland/GB, regionale Sehnsucht in Belgien, Schottland, Spanien, Italien). Jedenfalls ist hier keine Linearität zu immer grösseren Einheiten mehr festzustellen.

Die Schweiz und ihre vielen Partner

Damit ist klar, dass die Schweiz – genau so wie Südkorea, Brasilien, Indien, nicht im Alleingang steht, sondern im Weltgang. Der Weltraum für Handel und Souveränität hält. Mit vielen Ländern sind zusätzlich Freihandelsabkommen geschlossen worden, auch mit der EU (1972 schon). Die vier Freiheiten sind in den bilateralen Verträgen mit der EU gebilligt worden. Hingegen soll sich die Schweiz gegen die Uebernahme des ganzen Harmonisierungsteppichs sträuben.

Sie soll auch kein Rahmenabkommen mit der EU anstreben, denn dies könnte die bisherigen Verträge unter das EU-Gericht bringen, es könnte die gesamten Verträge zu einem unkündbaren Paket machen, und es würde die Schweiz als „demandeur“ darstellen, was sie nicht sein soll.

Ausserdem soll die Schweiz sich nicht wegen einiger wirtschaftlicher kleiner Vorteile laufend zu neuen Anträgen in Brüssel verleiten und schliesslich satellisieren lassen. Die Mitgliedschaft hätte Nachteile, die Nichtmitgliedschaft hat sie eben auch.

Die Einwanderungsinitiative vom 9. Feb. 2014 kann und soll unter den Bilateralen Platz finden. Denn man definiert den Inländervorzug bei Stellen der Initiative auch für die EU/EFTA-Europäer, da er schon besteht und dem Text nicht widerspricht. Die Kontingente werden dann gegenüber den kulturell ferner stehenden Drittländern definiert, allenfalls mit qualitativen Punktesystemen oder mit Abgaben einstellungswilliger Firmen. Auf diese Weise muss mit Brüssel nichts verhandelt werden, die Schweiz hat keine Verhandlungsschulden (etwa für das künftige Stromabkommen).

#### Europäische Ideale

Die Freizügigkeit der Personen entspricht dem Europa vor 1914 und ist ein erstrebenswertes Gut auch heute. Allerdings sollen zuerst die Güter, Dienste und Kapitalien wandern, im freien Austausch, anstatt der Menschen, denn umziehen zu müssen ist ein Gut zweiten Ranges.

Sodann aber ist es die historische Mission des so verschieden gearteten Europa, einen Wettbewerb der Lösungen zu veranstalten unter seinen Nationen. So können allenfalls die Bürger auswählen, welche Länder sie locken. Dabei ist den Historikern klar, dass diese Vielfalt der Lösungen Europa frei, gross, innovativ und reich gemacht hat. Die Harmonisierungswalze dagegen ist diesem Wettbewerb der Lösungen zutiefst feindlich, sie ist uneuropäisch und schädlich. Die Skeptiker gegen die Zentralisierung und Harmonisierung sind demnach die wahren Europäer.